

*Verleihung des Weimarer Menschenrechtspreises 2014 an die
Erzbischöfe Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi*

Signal der Zuversicht und der Hoffnung für alle christlichen Minderheiten im Nahen Osten

*Laudatio von Tilman Zülch, Gründer und Generalsekretär von der
Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.*

10. Dezember 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Frau Jaeger,

sehr geehrter Herr Viktor,

Exzellenz Mor Philoxenos Matthias Nayis,

Exzellenz Metropolit Isaac Barakat,

Exzellenz Bischof Hanna v. Palmyra,

verehrte Damen und Herren,

„... in der Freundschaft, im friedlichen Miteinander, werden alle Gedanken, alle Wünsche, alle Erwartungen ohne Worte geboren und geteilt, mit Freude, die keinen Beifall braucht...“, schreibt der Schriftsteller Djabran Chalil Djabran in seinem Text „Der Prophet“.

Djabran Chalil Djabran werden nicht alle von Ihnen kennen. Der christlich-libanesisch/syrische Dichter, Philosoph und Maler lebte von 1883 – 1931 und emigrierte in jungen Jahren in die USA. Sein Lebenswerk galt der Versöhnung der westlichen und arabisch-islamischen Welt.

Ja, verehrte Damen und Herren, auch unsere diesjährigen Preisträger, die Erzbischöfe Yohanna Ibrahim von der syrisch-orthodoxen und Boulos Yazigi von der griechisch-orthodoxen Kirche in Syrien, waren im April 2013 unterwegs, um Menschen in Not zu helfen, als sie von einer bewaffneten Gruppe entführt wurden. Sie hatten sich auf den Weg gemacht - wohlwissend, dass sie ihr Leben in Gefahr bringen. Dennoch sind sie diesen Weg, im Dienste der Menschlichkeit, gegangen. Die beiden Erzbischöfe widmeten sich, genauso wie es Djabran und tausende syrischer Christen es über Jahrhunderte hinweg taten, der Versöhnung nicht nur zwischen der westlichen und arabisch-islamischen Welt, sondern zwischen Syrern unterschiedlicher ethnischer oder religiöser Abstammung. Wie wir leider nun feststellen müssen, wissen einige Menschen oder Gruppen in Syrien

diesen Einsatz nicht zu schätzen. Aus diesem Grunde wurden Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi im April 2013 entführt und ihr Fahrer erschossen.

In Syrien herrscht ein furchtbarer Krieg, Millionen Menschen die sich nach Freiheit und Wohlstand sehnten, werden verfolgt, vertrieben oder müssen aus ihrem Lande flüchten. Schon 300.000 Einwohner Syriens aller religiösen Gemeinschaften wurden getötet, weit über eine Million Menschen wurden verwundet oder leiden an den Folgen der Flucht und Vertreibung. Die Hohe Kommission der Vereinten Nationen für Flüchtlinge schätzt ihre Zahl auf über drei Millionen. Hunderttausende Flüchtlinge sind nicht registriert.

Vor drei Jahren, 2011, begab sich Erzbischof Ibrahim auf eine Reise nach Berlin, um auf die schwierige Lage der christlichen Minderheiten in Syrien hinzuweisen und die deutsche Politik um Hilfe zu bitten. Damals befürchtete er – und dies ist leider wahr geworden - dass auch in Syrien der Druck gegen die Christen noch zunehmen werde. Als hätte er geahnt, dass kurze Zeit später viele von ihnen um ihr Leben fürchten müssten, dass sie verschleppt, gefoltert und ermordet würden. Im Juli 2012 veröffentlichte Erzbischof Ibrahim dann einen Plan für den Frieden in Syrien mit dem Aufruf zur Versöhnung, Vergebung und Dialog. Er zeigte einen Weg zur Beendigung der Gewalt, zur Bewahrung des einmaligen vielfältigen Gefüges der religiösen und ethnischen Gemeinschaften seiner Heimat.

Weihnachten 2012 verfasste Erzbischof Yohanna Ibrahim ein Schreiben mit den Worten: „Mein Herr, was wir uns wünschen zu deinem Fest, ist dies: Gib, dass die Entscheidungsträger in Syrien und außerhalb sich beeilen, das Blutvergießen zu stoppen, und dass wir hier, die Bürger und mit uns alle Menschen von außerhalb, die guten Willens sind, die Flüchtlinge und die mit Gewalt aus ihren Häusern Vertriebenen aufnehmen, die Verwundeten und Kranken versorgen und uns um die Freilassung der Gefangenen und Entführten bemühen. Dass wir die Armen und Hilfsbedürftigen unterstützen. Den Alten, Witwen und Kleinkindern helfen und das Leben in unsere Schulen, Fakultäten, Universitäten, Kirchen und Moscheen wieder einkehren lassen können.

Hilf den Konfliktparteien zusammenzukommen, sodass sie sich an den Verhandlungstisch setzen und offen nach einem Ausweg suchen, damit das Leben zu seinem natürlichen Alltag zurückfinde und Sicherheit und Frieden alle Teile unserer Heimat erfassen [...].“

Nur einige Monate später fielen die Erzbischöfe Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi in die Hände der Entführer, vermutlich radikaler Islamisten.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts machten die Christen in Syrien noch rund 30% der Bevölkerung aus. 2011 waren es noch höchstens 10 %. (1,7 von 21 Mio.). Seit 2011 sind 500.000 Christen aus Syrien geflohen. Diese zahlenmäßig kleine Minderheit hatte allein 2013 etwa 1500 Opfer zu beklagen. Über 90 Kirchen wurden zerstört. Unabhängig davon, wer der „Sieger“ im syrischen Bürgerkrieg sein wird, werden nicht nur die Christen und andere Minderheiten, sondern alle Syrer in diesem furchtbaren Krieg die Verlierer sein.

Insgesamt hat sich die Lage der christlichen Minderheit im Nahen Osten seit den politischen Umstürzen im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ 2011 stark verändert: Durch den immer größeren Einfluss von radikalen islamistischen Fanatikern und die Entstehung des ISIS in Syrien und im benachbarten Irak und die dadurch steigende Bedrohung von Nicht-Muslimen sind viele Christen zu

Flüchtlingen geworden oder müssen ihren Glauben verheimlichen. In Syrien und im Irak wurden assyrisch-aramäische Christen und Jesiden Opfer von völkermordartigen Verbrechen. So kam es zu Massenhinrichtungen von Männern, der Vergewaltigung von Frauen und dem Verkauf ihrer Kinder.

Seit Beginn dieser schrecklichen Kriege im März 2011 hat auch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) unentwegt in Briefen und Mails an die deutsche Bundesregierung appelliert und mit Mahnwachen und Demonstrationen sowie in Gesprächen mit Politikern gemeinsam mit Hilfsorganisationen humanitäre Unterstützung für die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak nachdrücklich gefordert und die Genozidflüchtlinge aus der Region großzügig aufzunehmen. Unter ihnen auch Kurden, Assyro-Aramäer, Armenier, Drusen, Ismailiten, und Yeziden, aber auch muslimische Araber.

Die neue Flüchtlingswelle hat in unserem Lande vielerlei Proteste und Ängste hervorgerufen. Doch wir haben in Deutschland massive Flüchtlingsbewegungen in der jüngeren Vergangenheit erlebt. Und wir sind eigentlich eine echte Flüchtlingsnation. Diesen Teil unserer Vergangenheit zu verdrängen, statt ihn von politischer und journalistischer Seite immer wieder bekannt zu machen, halte ich für einen großen Fehler. Ich nenne hier nur vier große deutsche Flüchtlingsbewegungen. Da waren zunächst die jüdischen und Sinti-Deutschen und viele andere NS-Opfer, die wenn sie noch konnten, vor der Vernichtung durch die Nazis in andere Länder flohen. Nach dem Krieg wurden bis zu 15 Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten und aus Osteuropa vertrieben. Dann flohen etwa 3,5 Millionen Einwohner der DDR nach Westen. Und schließlich kamen 3 Millionen russlanddeutsche Aussiedler zu uns, deren autonome Region Stalin zerstört und deren Einwohner er nach Zentralasien deportiert hatte. Wenn ich unsere vielen Praktikantinnen und Praktikanten befrage, dann hat fast jeder einen Eltern- oder Großelternanteil, der von einer dieser Fluchtbewegungen betroffen war. Diese Erinnerungen müssen wir bewahren und betonen. Auch das kann zu einer menschlicheren Politik beitragen.

Auf der anderen Seite dürfen wir uns nicht wundern, dass die Flüchtlinge kommen, wenn der entwickelte Westen im Nahen Osten und in Schwarzafrika und anderen Teilen der dritten Welt zu wenig Einfluss in Richtung Modernisierung, Demokratisierung und Konfliktverhinderung ausübt. Ist es nicht schrecklich, dass Deutschland drittgrößter Waffenlieferant der Welt geworden ist. Das ist eine makabre Art von Vergangenheitsbewältigung. Wenn man erst an die dem ISIS nahestehenden Regimes in Saudi-Arabien, der Türkei und Katar Waffen liefert, die diese weitergeben, und dann klagt, dass aus der nahöstlichen Region so viele Flüchtlinge kommen, ist das natürlich pervers. Das müssen alle Seiten des politischen Spektrums endlich begreifen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Flüchtlinge aufnehmen, aber ihre Zahl nicht durch unsere Waffenlieferungen erhöhen. Aber unbestritten ist es auf der anderen Seite, dass Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten bei früheren Vertreibungen von Jesiden und aramäischen Christen beispielhaft vorangegangen ist. Zehntausende von ihnen wurden aufgenommen und haben bei uns Wurzeln geschlagen.

Die internationale Staatengemeinschaft darf nicht länger zusehen, wie die gesamte Zivilbevölkerung in Syrien unter einem furchtbaren, ja schmutzigen Stellvertreterkrieg leidet. Dabei sind gerade die syrischen Christen in einer ausweglosen Lage. Obwohl Erzbischof Yohanna Ibrahim zuvor zu Friede und Vernunft aufrief, wurde er von den Extremisten nicht verschont. Junge Christen entziehen sich

spätestens seit Beginn des Bürgerkrieges bewusst dem Wehrdienst des Regimes, und dennoch werden viele von ihnen Opfer des Krieges.

Die Erzbischöfe Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi sind würdige Träger des Weimarer Menschenrechtspreises 2014; die Auszeichnung durch die Stadt Weimar und die damit verbundene internationale Anerkennung soll zu ihrer Befreiung aus der Geiselhaft beitragen, sie kann auch einen weiteren Beitrag zu Schutz und Sicherheit der noch in Syrien lebenden Christen leisten. Diese Verleihung ist außerdem ein bedeutendes Signal der Zuversicht und der Hoffnung für alle christlichen Minderheiten im Nahen Osten.

Seit der Entführung der beiden Erzbischöfe versucht die Gesellschaft für bedrohte Völker alles zu tun, um auf ihr trauriges Schicksal aufmerksam zu machen und sie wird das nach dieser Preisverleihung mit noch mehr Elan weiter tun. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass die Erzbischöfe Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi sehr bald und unversehrt freikommen.

Über die deutsche und internationale Presse möchten wir unsere Forderung an die Entführer wiederholen:

„Lassen Sie Gregorios Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi frei“

Wir danken der Stadt Weimar und der Jury des Weimarer Menschenrechtspreises.

Tilman Zülch, Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker International